

Politik : Parteienlandschaft im Wandel

Autor(en): **Lenzin, René**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer**

Band (Jahr): **35 (2008)**

Heft 4

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-910165>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Parteienlandschaft im Wandel

Die anhaltenden Wahlerfolge der Schweizerischen Volkspartei (SVP) und die Abwahl ihres Bundesrats Christoph Blocher führen zu Veränderungen in der Parteienlandschaft: Ausgeschlossene und abtrünnige SVP-Mitglieder gründen eine neue Partei, Freisinnige und Liberale schreiten zur Fusion.

Von René Lenzin

Am 12. Dezember 2007 wählte das Parlament die damalige Bündner Regierungsrätin Eveline Widmer-Schlumpf anstelle von Christoph Blocher in den Bundesrat. Die Schweizerische Volkspartei fühlte sich von ihrem Parteimitglied Widmer-Schlumpf hintergangen und verraten. Sie habe mit der Wahlannahme gegen einen Beschluss von Partei und Fraktion verstossen und mit dem politischen Gegner paktiert, lautete der Vorwurf. Drei Monate nach der Wahl forderte die Parteileitung Widmer-Schlumpf auf, aus dem Bundesrat zurück- und aus der Partei auszutreten. Als die Neobundesrätin den Austritt verweigerte, erliess die Parteileitung ein Ultimatum an die Bündner Kantonssektion: Entweder schliesst ihr Widmer-Schlumpf aus der Partei aus, oder eure Sektion ist nicht mehr Mitglied der SVP Schweiz.

Die Bündner waren jedoch nicht bereit, ihre Bundesrätin fallenzulassen, worauf sie ihrerseits aus der nationalen Partei ausgeschlossen wurden. Dieser Vorgang hat zu einer Aufspaltung der Bündner SVP geführt. Ein Teil der Parteimitglieder gründete die neue SVP, die auf Blocherlinie politisiert und sich der schweizerischen Partei angeschlossen hat. Der andere Teil schritt zur Gründung der Bürgerlich-Demokratischen Partei (BDP). Unter ihnen befinden sich zahlreiche Amtsträger der früheren SVP. Neben Bundesrätin Widmer-Schlumpf beide Regierungsräte, beide Nationalräte sowie die 32 kantonalen Parlamentarier.

Das Vorgehen der SVP gegen die Bündner rief in andern Kantonssektionen wenig Widerstand hervor. Nur gerade in Bern und Glarus kam es zur offenen Auflehnung einzelner Parteimitglieder und in der Folge zur teilweisen Abspaltung. In Glarus schlossen sich der einzige Regierungsrat der SVP sowie 8 von 26 Parlamentariern der neuen Partei an. In Bern waren es einer der beiden Regierungsräte, 2 der 10 Nationalräte, der einzige Ständerat sowie 17 der 47 Kantonsparlamentarier. Ebenfalls zur BDP überge-

treten ist der Berner Bundesrat Samuel Schmid, den die SVP nach seiner Wahlannahme im Dezember 2007 aus der Fraktion ausgeschlossen hat.

Bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe verfügte die neue Partei demnach über 2 Bundesräte, 5 eidgenössische und 57 kantonale Parlamentarier. Allerdings kann sie im Bundeshaus keine Fraktion bilden, weil es dazu mindestens fünf Sitze im Nationalrat braucht. Ob sich die BDP dauerhaft etablieren kann und wie stark sie allenfalls der SVP schaden wird, wird sich weisen müssen. Klar ist einzig, dass sich ihre doppelte Präsenz in der Landesregierung nicht mit dem schweizerischen Konkordanzsystem verträgt. Spätestens bei den Gesamterneuerungswahlen von 2011 dürfte es daher zu grösseren Veränderungen im Bundesrat kommen.

Wiedervereinigung der Staatsgründer

Die jüngste Entwicklung der SVP hat aber nicht nur zu einer neuen Partei geführt, sondern auch weitere Verschiebungen in der Politlandschaft ausgelöst. Die SVP hat ihren Wähleranteil zwischen 1987 und 2007 von 11 auf 28,9 Prozent erhöht. Dieser für schweizerische Verhältnisse einmalige Zuwachs ist einerseits darauf zurückzuführen, dass die Partei praktisch alles aufgesogen hat, was rechts von ihr noch politisierte. Andererseits hat sie aber auch den traditionellen bürgerlichen Parteien Wähler abspenstig gemacht. Am kräftigsten gewachsen ist die SVP in den ländlich-katholischen Gebieten der Zentral- und Ostschweiz sowie in den ländlich-reformierten Gebieten der Westschweiz. In den ersten gingen ihre Erfolge primär zulasten der Christlichdemokraten (CVP), in den zweiten zulasten des Freisinns (FDP) und der Liberalen (LPS).

Gesamt-schweizerisch verringerte sich der Wähleranteil der beiden Gründerparteien des Bundesstaats zwischen 1987 und 2007 zwar «nur» um 7,9 Prozentpunkte. Überproportional fiel ihr Rückgang aber in den früheren

Westschweizer Hochburgen der Liberalen aus: minus 24,5 Prozentpunkte in Neuenburg, minus 22,3 in der Waadt und minus 13,6 in Genf. Gleichzeitig legte die SVP in diesen Kantonen um 23,2, 16,2 respektive 21,1 Prozentpunkte zu. Nun haben FDP und LPS die Konsequenzen aus diesen Verlusten gezogen, ihre langjährigen Rivalitäten in den Hintergrund gedrängt und eine Fusion beschlossen. Am 21. Juni haben sich die Neuenburger Kantonssektionen zum Parti libéral-radical neuchâtelois vereinigt, im Oktober soll die Fusion auf nationaler Ebene erfolgen.

Freisinnig-liberale Parteien bestehen bereits in den Kantonen Freiburg, Jura, Tessin und Wallis. Kategorischen Widerstand gegen die Vereinigung haben bisher nur die Baseltätischen Liberalen angekündigt. Bereits seit 1999 bilden FDP und LPS im Nationalrat eine gemeinsame Fraktion. Damals hatten die Liberalen erstmals weniger als fünf Sitze erobert und damit die Fraktionsstärke verloren.

Aufspaltung der Grünen

Eine dritte markante Veränderung in der schweizerischen Parteienlandschaft hat nichts mit der SVP zu tun. Sie betrifft die Grünen, neben der SVP die grossen Sieger der letztjährigen Parlamentswahlen. Ausgehend von politischen und vor allem auch persönlichen Differenzen war es in Zürich bereits im Verlaufe der vergangenen Legislatur zur Abspaltung der Grünliberalen gekommen. Diese neue Bewegung hat im Oktober 2007 auf Anhieb drei Sitze im Nationalrat und einen im Ständerat gewinnen können. Inzwischen sind grünliberale Sektionen in neun weiteren Kantonen entstanden. Diese neue Partei verbindet ökologische Anliegen mit eher bürgerlichen Positionen in der Finanz- und Sozialpolitik. Ob ihr Erfolg dauerhaft ist, wird sich zeigen. Die Grünliberalen zählen sich zur politischen Mitte und bilden im Bundeshaus eine Fraktion mit der CVP und der Evangelischen Volkspartei.